

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21  
"Tagblatthaus".

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

"Tagblatt" Nr. 294-32.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn, M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Postgebühren. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstellen, St. Marienring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Weiblich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 40 Pfg. für örtliche Anzeigen; 60 Pfg. für auswärtige Anzeigen; M. 2.— für örtliche Reklamen; M. 3.25 für auswärtige Reklamen. — Bei wiederholter Aufnahme unentgeltlicher Anzeigen entsprechender Racht. — Anzeigen-Aufnahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Bülow 6202 und 6203.

Samstag, 5. Juli 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 294. • 67. Jahrgang.

Borgefähr, 3. Juli, erschien vor dem französischen Militärpolizei-obergericht der stellvertretende Regierungsvizepräsident, Herr Oberregierungsrat Springorum, und Herr Geh. Regierungsrat Dröge. Beide waren angeklagt, einen dienstlichen Angelegenheiten behandelnden Brief, welcher der Zensur der französischen Behörde hätte vorgelegt werden müssen, ins unleserliche Gebiet befördert zu haben. Der vollendeten Tatsache gegenüber konnte Herr Springorum zu seiner Entlastung keine stichhaltigen Begründungen vorbringen und beschränkte sich auf unbestimmte und schwache Einwendungen. Herr Springorum wurde zu 3 Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, Herr Dröge nur zu 8000 M. Geldstrafe verurteilt.

## Der Friede.

### Deutschlands Verpflichtungen nach der Ratifikation.

Frankfurt, 4. Juli. Die englischen Blätter geben eine Übersicht über das, was Deutschland kraft der Bestimmungen des Friedensvertrages nach der Ratifikation zu tun hat: Deutschland soll alle Waffen aushändigen, die für den Brozess gegen Wilhelm II. notwendig sind, und alle Informationen geben, die dazu erforderlich sein werden. Es soll ferner die Personen ausliefern, die des Kriegsverbrechens beschuldigt werden, u. a. die Offiziere, die verantwortlich für die Zerstörung von Dinant, Ardenne und Löwen sind. Deutschland soll auch sofort damit beginnen, seine Armee zu reduzieren, alle Munitionsfabriken schließen, alles Kriegsmaterial usw. abliefern. Sämtliche deutschen Rauffahrtsschiffe über 1600 Tonnen sollen innerhalb zweier Monate ausgeliefert werden, ebenso die Hälfte der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen. Italien soll jährlich am 1. Juli 4½ Millionen Tonnen Kohlen erhalten. Innerhalb dreier Monate muß eine große Anzahl an Vieh und Pferden an Frankreich und Belgien zurückerstattet werden.

### Bayern und die Ratifizierung.

München, 4. Juli. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist heute vormittag zusammengetreten, um zu der Frage der Ratifizierung des Friedensvertrages durch die bayerische Regierung und den Landtag des Freistaates Bayern Stellung zu nehmen. Da die Ratifizierung des Vertrages morgen oder übermorgen erfolgen soll, handelt es sich darum, den bayerischen Gesandten in Berlin für dessen Stellungnahme im Staatenausschuss entsprechende Instruktionen zu geben. Ministerpräsident Hofmann erklärte, daß die bayerische Regierung der Ratifizierung des Vertrages zustimmen werde und forderte entsprechende Erklärungen der einzelnen Parteien in dieser Frage. Nach Abgabe der Erklärungen seitens der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten, des Bauernbundes, der Mittelpartei, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen wurde vom Vorsitzenden des Ausschusses festgestellt, daß der Ausschuss einstimmig den Beschluß faßte, daß die bayerische Regierung und der bayerische Landtag den bayerischen Gesandten in Berlin bevollmächtigen, die bayerischen Stimmen im Staatenausschuss für die Ratifizierung des Friedensvertrages abzugeben.

### Die Wiederaufnahme der Beziehungen.

Berlin, 4. Juli. Zu der Mitteilung, daß Frankreich auch nach der Ratifizierung des Friedensvertrages an Stelle eines Botschafters zunächst nur einen Geschäftsträger nach Berlin entsenden will, schreibt das "B. T.": "Wir sind der Meinung, daß es kaum möglich sein wird, vor Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gerade in Paris, wo der Sitz der Kommission des reparations ist, einen Botschafter einzusetzen, und darum würde es eine vorteilhafte Lösung sein, wenn beide Regierungen sich nur durch Geschäftsträger, die ohne den großen Botschaftersapparat und in gesellschaftlich anspruchsloserem Rahmen die laufenden Angelegenheiten zu erledigen hätten, vertreten lassen würden. Aber die Reuebesetzung einiger der anderen diplomatischen Auslandsposten dürfte in nächster Zeit entschieden werden. Der Wiener Botschafterposten, von dem Graf Vostko-Wedel zurückgetreten ist, wird vermutlich dem Gesandten Dr. Viktor Baumann, Direktor der Nachrichtenabteilung im auswärtigen Amt, übertragen werden, der die österreichischen Verhältnisse seit langen Jahren kennt. Ein Beschluß ist aber noch nicht gefaßt. Fest steht dagegen, daß der Gesandte v. Bergen Gesandter beim Vatikan werden wird. Man spricht ferner davon, daß Graf Bernstorff als Botschafter nach Rom gehen wird, was zweifellos eine günstige Lösung der römischen Botschafterfrage bedeuten würde. Der Posten des Unterstaatssekretärs im auswärtigen Amt, von dem infolge der Unterzeichnung des Friedensvertrages Hr. Langewerth v. Simmern geschieden ist, ist sogleich nach dieser Demission dem Gesandten v. Rosenberg angeboten worden. Auch über diese Besetzungsfrage ist aber endgültig noch nicht entschieden.

München, 4. Juli. Nach einer Reutersmeldung teilt die "New York Times" mit, daß nach der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Deutschland amerikanische

Konsularbeamte dorthin entsandt werden würden. Es werde aber vermutlich noch lange dauern, ehe diplomatische Vertreter nach Deutschland geschickt werden würden.

### Zur Durchführung der Vertragsbestimmungen.

Amsterdam, 4. Juli. Der Pariser Berichterstatter des "Telegraaf" meldet, die Alliierten werden binnen kurzem eine Kommission einleiten, die darüber zu wachen hat, daß Deutschland die Vertragsbedingungen erfüllt. Für die einzelnen Bedingungen werden Unterkommissionen gebildet. Eine davon wird mit der Durchführung der Strafen beauftragt. Unter ihren Mitgliedern befinden sich hohe englische Richter. Sie werden Maßregeln treffen für eine entsprechende Zusammenlegung des Gerichtshofes, vor dem Kaiser Wilhelm zu erscheinen hat und dafür sorgen, daß der Gerichtshof seine Aufgabe erfüllen und jede verlangte Strafe vollziehen kann. Die Rolle an die niederländische Regierung wird in keiner Hinsicht den Charakter eines Ultimatums haben, sondern die Auslieferung wird unter voller Anerkennung der souveränen Rechte Hollands verlaagt. Die Alliierten werden als Befreier und Beschützer der kleinen Staaten, wozu auch Holland gehört, darum ersuchen. Der Kaiser werde, wenn er vor dem Gerichtshof erscheinen muß, nach dem Tower gebracht werden.

### Ein englisches Weisbuch über die wirtschaftliche Lage in Deutschland.

Amsterdam, 4. Juli. Den englischen Blättern vom 2. Juli zufolge hat die englische Regierung am 1. Juli ein Weisbuch mit weiteren Berichten von englischen Offizieren über die wirtschaftliche Lage in Deutschland veröffentlicht. In diesen Berichten wird die politische Ruhelosigkeit hauptsächlich auf die Unterernährung und den Hunger zurückgeführt, die unvermeidlich zum Bolschewismus führen würden. Über Schlesien berichtet die britische Kommission, daß es eine wunderbare kleine Provinz mit ordnungsliebender, hartarbeitender und moralisch gesunder Bevölkerung sei.

### Hindenburg zur Verantwortungsfrage.

Berlin, 4. Juli. Generalfeldmarschall v. Hindenburg richtete anlässlich eines Rücktritts an den Reichspräsidenten folgende Drahtung: Herr Präsident! Die Unterzeichnung des Friedensvertrages gibt mir zu folgender Erklärung Veranlassung: Für alle Anordnungen und Handlungen der Obersten Seeresleitung seit dem 29. August 1918 trage ich die alleinige Verantwortung. Auch sind alle mit der Kriegführung zusammenhängenden Entschlüsse und Befehle Sr. Majestät des Kaisers und Königs seit diesem Tage auf meinen ausdrücklichen Rat und unter meiner vollen Verantwortung gefaßt und erlassen worden. Ich bitte, diese Erklärung zur Kenntnis des deutschen Volkes und der alliierten Regierungen zu bringen.

(gez.) v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

### Zur Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Berlin, 5. Juli. Um den Kriegsgefangenen, die so schweres erduldeten, bei ihrem Abtritt in das bürgerliche Leben eine Hilfe zu leisten, hat die Reichsregierung aus eigener Entschliebung heraus sich bereit gefunden, 150 Millionen Mark auf Antrag des Reichsfinanzministers zur Verfügung zu stellen. Diesen Betrag erhält die Kriegsgefangenenheimkehr, eine sich über ganz Deutschland bis in die kleinsten Orte erstreckende Organisation, als Reichsausschuss zu ihren eigenen, durch Sammelbeiträge aufzubringen Mittel, um sie in zweckmäßiger Weise hilfsbedürftigsten heimkehrenden Kriegsgefangenen nutzbar zu machen, besonders durch Beschaffung von Arbeitskleidung und Arbeitsgerät.

### Die amerikanische und englische Besetzung.

Amsterdam, 5. Juli. Laut "Telegraaf" erklärte General Pershing, wie schon erwähnt, in einer Unterredung, daß die amerikanischen Besatzungstruppen auf dem linken Rheinufer während der gesamten Besatzungszeit dort verbleiben würden. Wenn Deutschland bei der Durchführung des Friedensvertrages guten Willen bezeigen werde, werde die Zahl der Mannschaften herabgesetzt werden; sie werde jedoch nicht weniger als 50. bis 60.000 Mann betragen. England werde die Besatzungstruppen des Kölner Rheinlandes in demselben Verhältnis verringern. Die Abreise Langfins nach Amerika erfolge in etwa zehn Tagen.

### Der Friedensvertrag für Österreich.

Amsterdam, 5. Juli. Der Pariser Korrespondent des "New York Herald" erzählt, daß der jetzige Entwurf des österreichischen Friedensvertrages wenigstens teilweise geändert werden wird. Die Versuche, Deutschland unter die Kontrolle gewisser östlicher Nachbarn zu stellen, wurden aufgegeben, und das wirtschaftliche Gebiet

der alten österreichischen Monarchie wird zum größten Teil beibehalten werden, wobei Wien in einem gewissen Grade seine alte führende Stellung behalten könnte. Dies bedeutet nicht, daß die Souveränität der neuen slowakischen Staaten beeinträchtigt werden soll, sondern nur, daß Deutsch-Österreich dazu ermächtigt werden soll, seine alten Handelsbeziehungen mit den anderen Fragmenten des zerstückelten Reiches wieder aufzunehmen. In dem Vertrag mit Deutschland ist die vollständige Postrennung Deutsch-Österreichs von Deutschland ausdrücklich vorgesehen. Es scheint die neue Politik der Verbündeten zu sein, den alten herrschenden Klassen in Wien einen Ansporn zur Durchführung zu geben. Sowjet-Ungarn sei das Haupthindernis für eine teilweise Wiederaufrichtung des alten Österreichs.

### Die Eisenbahnerbewegung.

Streikgefahr in den westlichen Direktionsbezirken. Berlin, 5. Juli. Der "Verl. Lok.-Anz." berichtet: Gewisse Anzeichen einer Streikgefahr sind in Eberfeld, Essen und im Eisenbahndirektionsbezirk Mainz, soweit er von der Entente nicht besetzt ist, festzustellen. Für diesen ganzen neuen Komplex des Eisenbahnerstreiks sind, wie das Blatt behauptet, politische Machenschaften einwandfrei festgestellt. Hannover, 4. Juli. Bei der heute unter den hiesigen Arbeitern in den Betriebswerkstätten stattgefundenen Abstimmung wurden 5715 Stimmen für und 2459 gegen den Streik abgegeben. 136 Stimmentzettel waren unbeschrieben. Die Arbeitsniederlegung soll heute abend 6 Uhr beginnen.

Darmstadt, 4. Juli. Der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamter, Bundesbezirk Mainz, hat am Donnerstag in Darmstadt eine Versammlung abgehalten, in der er sich mit dem Eisenbahnerstreik beschäftigte und den Streik einstimmig mißbilligte. Nachstehende Entschliebung wurde angenommen: Die heute versammelten Mitglieder des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamter der Ortsgruppe Darmstadt mißbilligen einstimmig den ausgebrochenen Streik der Eisenbahnarbeiter und lehnen die Verantwortung für die daraus erwachsenden Folgen ab, da er eine schwere Schädigung des deutschen Volkes herbeiführt und auch nicht von der Gewerkschaft der Arbeiter angeordnet ist, also einen Teilstreit darstellt. Sie erklären sich bereit, den Eisenbahnerstreik so weit als möglich mit allen erlaubten Mitteln aufrecht zu erhalten und ersuchen die Bevölkerung, sie in diesem der Allgemeinheit dienenden Bestreben nach Kräften zu unterstützen.

Kassel, 5. Juli. Nachdem die hiesigen Arbeiter die von Frankfurt a. M. angeregte Beteiligung an dem Eisenbahnerstreik abgelehnt haben, ist die unbedingte Aufrechterhaltung des Dienstes im Eisenbahndirektionsbezirk Kassel gesichert.

### Hindenburg in Hannover.

Hannover, 4. Juli. Um 10 Uhr heute vormittag traf Generalfeldmarschall v. Hindenburg auf dem hiesigen Bahnhof ein. Zu seinem Empfang waren Vertreter des Magistrats und der Behörden anwesend. Bürgermeister Dr. Weber hielt eine Ansprache, auf die Generalfeldmarschall v. Hindenburg folgendes antwortete: Vielen herzlichen Dank für den freundlichen Willkommensruß. Die Zeiten sind zwar schwer; aber sie müssen durchgehalten werden. Auch ich hoffe auf eine bessere Zukunft. Jeder einzelne Deutsche muß dazu helfen. Beim Zurückkehren in die Heimat ist es mir ein Lichtblick, so viel Wohlwollen und Güte zu finden, die ihren Ausdruck in dem herrlichen Heim finden, das mir meine Mitbürger bereitet haben. Gruß und vielen Dank allen Mitbürgern. — Der Generalfeldmarschall begrüßte darauf die Herren der verschiedenen Abordnungen durch Händedruck. Unter dem Jubel einer riesigen Menschenmenge, die immer wieder ihn lebhaftes Ovationen darbrachte, fehr er die Nacht nach seinem Heim in der Seelhorststraße fort.

Hannover, 4. Juli. Anlässlich einer Rundgebung der hiesigen Studentenschaft vor der Wohnung des Generalfeldmarschalls hielt dieser eine Ansprache an die Studenten, in der er sagte: Ich danke der Studentenschaft für den herzlichen Willkommensruß in meinem neuen Heim. Der Geist der deutschen Jugendzeit mir, daß Deutschland wieder aufblühen wird. Nochmals meinen herzlichsten Dank, vor allem auch den Kommilitonen, die ich hier nicht persönlich begrüßen kann.

### Nationalversammlung oder Reichstag.

Weimar, 5. Juli. Unter Hinweis auf die in den Übergangsbestimmungen des Verfassungsentwurfs enthaltene Bestimmung des Art. 172, daß die Nationalversammlung bis zur Zusammenkunft des ersten Reichstags als Reichstag gelten soll, spricht der Vorstand der Landesversammlung von Mittelschlesien und der Deutschen Nationalen Volkspartei in einer Entschliebung von einem Rechtsbruch und einer Falschbildung des Volkswillens. Die "Arbeiter" macht sich diese Falschbildung durch einen in auffälligen Druck gehaltenen Artikel zu eigen. Es wird behauptet, daß die Nationalversammlung ausschließlich zur Fertigstellung der Verfassung berufen worden sei und nach Erfüllung dieses Auftrags auszuweichen müsse, daß die Mehrheitsparteien aber das Volksgewissen fürchteten, welches ein neuer Wahlgang für sie bedeuten würde.

Die Steuervorlage in der Nationalversammlung.

mz. Weimar, 5. Juli. Der Aussenrat der Nationalversammlung beschloß in seiner heutigen Sitzung, die Beratung der Steuervorlage am Montag zu unterbrechen und von Dienstag ab die Steuervorlagen in erster Lesung zu erledigen. Es ist in Aussicht genommen, nur eine Rednergarnitur zu Worte kommen zu lassen.

Erzberger.

Die „Abern-Best. Bg.“ läßt sich von einem Augenzeugen aus Weimar schreiben, „nur, damit es nicht vergessen wird“. Am Montag kurz nach der bedingungslosen Annahme des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung, also am schwärzesten Tage, den Deutschland nach dem Jahre 1848, also fast in 300 Jahren gehabt hat, kam ich in das Hotel Erbsprung zu Weimar. Auf der Terasse sah der Mann, der für diesen schwärzesten Tag im Inland am erfolgreichsten gearbeitet hat: Herr Staatssekretär Erzberger. Er trank mit einigen Freunden eine Flasche Champagner und war in aufgeregter Stimmung. Er schelte nicht, er lachte nicht, sondern er freute und schrie vor Lachen. Augenscheinlich erzählte er oder ein anderer die lustigsten Anekdoten, und es herrschte die vergnügteste Stimmung, die man sich denken kann — wenige Minuten nach dem Todesurteil über das Deutsche Reich.

Die Lage in Hamburg.

mz. Hamburg, 5. Juli. Infolge des ruhigen Verhaltens des größten Teils der Einwohnerschaft ist von Seiten des Korps Letton-Borbeck vom 5. Juli abends an für das Gebiet von Groß-Bornhorn und Umgebung das Verbot des nächtlichen Verkehrs auf öffentlichen Straßen und Plätzen aufgehoben worden. Die Polizeistunde ist auf 10 Uhr abends festgesetzt.

Revolution in Peru.

mz. Lima, 5. Juli. (Reuter.) Am Freitagmorgen ist hier eine Revolution ausgebrochen. Präsident Prado und das Kabinett wurden gefangen gesetzt.

Eine Anleihe für Sibirien.

mz. Bern, 4. Juli. Die „N. Zürcher Bg.“ entnimmt der in Sibirien erscheinenden „Gazeta“ die Nachricht, daß die alliierten Regierungen beschloßen haben, Sibirien eine Anleihe in Höhe von 20 Millionen Dollar zu gewähren, an der die Vereinigten Staaten, Japan, England und Frankreich teilzunehmen versprochen hätten. Der Betrag werde indessen nicht der Regierung Koltshak, sondern der internationalen Kommission bewilligt, die das ganze sibirische Bahnnetz in Besitz habe. Die Anleihe stehe somit in keinem Zusammenhang mit der Frage der Anerkennung Koltshaks, sondern verfolge lediglich den Zweck, den ununterbrochenen und regelmäßigen Betrieb der sibirischen Eisenbahnen zu sichern.

Keine Anerkennung Koltshaks.

mz. London, 4. Juli. (Reuter.) Die Annahme, die Regierung Koltshak sei offiziell anerkannt worden, beruht auf einem Irrtum, obwohl die Alliierten die Fortsetzung der militärischen Unterstützung versprochen haben.

Die Nationalversammlung.

mz. Berlin, 4. Juli.

Präsident Rechenbach eröffnet die Sitzung um 1.15 Uhr. Abg. Benschmann (D.Nat.) stellt in einer kleinen Anfrage fest, daß die Höhe der Arbeiter in der Post- und Eisenbahnverwaltung erheblich über die Gehälter der unteren und sogar der mittleren Beamten emporgeschwollen sind. Der Antragsteller fragt die Regierung nach ihrer Stellung zu dieser Umkehrung der Verhältnisse, die die Unzufriedenheit der Beamten erregt.

Regierungsrat Ehmlich gibt in der Anfrage geschilderten Zustand als richtig zu. Die Ursache der Erhöhung liege darin, daß die Arbeiterlöhne und die Beamteneinkünfte auf ganz verschiedenen Grundlagen aufgebaut seien. Die gegenwärtigen Verhältnisse müßten als vorübergehend bezeichnet werden, denn der Ausbau der Arbeiterlöhne stehe beim Einsetzen der Preise außer Frage.

Beratung der Verfassungsvorlage

fortgesetzt. Zu Art. 25 (Rechtswahl eines aufgelösten Reichstages frühestens am 16. Tage) befragt

Abg. Haase (N. E.) einen Antrag, schwerer Partei, die Rechtswahl frühestens am 18. Tage anzusetzen.

Nach kurzer Aussprache wird Art. 25 unter Ablehnung des Antrages der Annullationen angenommen.

Nach Art. 26 wählt der Reichstag seinen Obmann.

Abg. Kaufmann (Dem.) beantragt, statt Obmann wieder einzusetzen „Präsident“.

Abg. Schulte (Centr.) Wir haben uns bemüht, überall gutes vollständiges und gemeinverständliches Deutsch anzubringen.

Abg. Kaufmann (Dem.) Das Wort Obmann ist durchaus nicht vollständig, was man heute unter einem Präsidenten versteht. Aus diesem Grunde erscheint es mir erwünscht, den Ausdruck Präsident beizubehalten.

Abg. Adolph (Dem.) setzt sich für das Wort Obmann ein.

Der Antrag Kaufmann wird mit großer Mehrheit angenommen.

Nach Art. 31 sollen die Wahlprüfungen durch ein Wahlprüfungsgeschäft vorgenommen werden. Ein Antrag der Unabhängigen will die Wahlprüfungen wie bisher durch den Reichstag selbst vornehmen lassen.

Regierungsrat Dr. Preuß: Die Entscheidung eines Gerichts wird im allgemeinen Vertrauen begegnen. Außerdem wird das Verfahren beschleunigt.

Der Artikel 31 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. Hierauf werden die bereits gemeldeten Abstimmungen über die Art. 21 und 23 vorgenommen.

Art. 32 über die Wahlberechtigung des Reichstages wird durch einen gemeinsamen Antrag der Sozialdemokraten, desentrums und der Demokraten dahin geändert, daß die im Entwurf vorhandene Bestimmung von der Notwendigkeit der Hälfte der Mitgliederzahl getrennt wird und die Wahlberechtigung durch die Gesetzgebung geregelt werden soll.

Zu Art. 33 (Rechtsetzung der Regierung im Reichstag) beantragt (Proter) (Centr.) den Fortfall des Wortes „Rechtsetz“. Der Artikel wird in dieser Weise verändert angenommen.

Art. 34 tritt in der Fassung des Entwurfs mit großer Mehrheit angenommen.

Zu Art. 35, der die Bestellung eines ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und eines Ausschusses zur Überwachung der Tätigkeit der Reichsregierung bestimmt, beantragt die Deutsche Volkspartei Streichung des ganzen Artikels. Die Demokraten beantragen die Streichung des Überwachungsanlasses, die Unabhängigen die Einfügung eines Art. 35a über die Verpflichtung der Reichsregierung zur Vorlage der über die Beziehungen des Reichs zu auswärtigen Staaten gefällten Verhandlungen.

Abg. Schilling (N. Nat.) begründet den demokratischen Antrag.

Als dann Abg. Kappstein (Soz.) spricht, versucht eine Dame, die schon einige Zeit sich neben dem Redner aufgestellt hatte, zu der Versammlung zu sprechen. Man versteht nur die Worte: „Von der Meas zur Meisel“. Auf Aufforderung des Präsidenten räumt sie

ihren Platz nimmt am Ministerisch Platz und wird schließlich durch einen Diener entfernt.

Abg. Haase (N. E.) In keinem Lande ist die auswärtige Politik in dem Maße geschwächt wie bei uns. Das zeigen uns am besten die desolateren Vorgänge im Osten, wo mit Wlka und Willen der Regierungen Beziehungen im Gange waren, und viel leicht noch sind, eine Einigung mit den Polen auf der Grundlage zu finden, einige Teile des Deutschen Reiches abzugeben.

Reichstagskommissioner Dr. Preuß nimmt gegen den Antrag Haase Stellung. Es müßte die Abfassung jeder Verantwortlichkeit der regierenden Stellen bedeuten, und schließlich in einer Diktatur führen sei es des Reichstages, sei es — und das sei das allerwahrscheinlichste — zu einer andersgerichteten Diktatur.

Abg. Wunig (Soz.) Mit Bezug auf die Ausführungen des Abg. Haase habe ich zu erklären: Es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verkantung mit den Polen propagieren; aber bisher sind diese Behauptungen einzig und allein ausgegangen von einem kleinen Teil der Volkspartei, die in Westpreußen — nicht auch in Ostpreußen — über einen gewissen Anhang verfügen. Diese Behauptungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden, und auch der parlamentarische Mißtrauensschuß hat erklärt, daß er gegen solche Handlungen sei. Was die Vorgänge in Kurland und Lettland betrifft, so bin ich überzeugt, daß, wenn wir durch die Umstände jetzt zu einer Freijugung unserer Truppen gezwungen werden, dies zur Ausrottung des letzten Restes des Despotismus dort führen wird. Dies behaupte ich auf tiefste. (Lebhafter Beifall.)

Art. 35 tritt unter Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen, der von den Unabhängigen beantragte Art. 35a abgelehnt. Die Abstimmung über Art. 36 wird wegen eines verpatet eingegangenen Antrages zurückgestellt.

Zu Art. 41 (Wahl des Reichspräsidenten) beantragen die Deutsche Nationalen, daß mindestens 10 Jahre „Deutscher“ zu sein, der als Deutscher geboren ist, und einzuflüßiger „Bei Stimmenerhebung entscheidet das Los“. Die Unabhängigen beantragen das Amt des Reichspräsidenten überhaupt zu beseitigen. — Abg. Kappstein beantragt, wenn keiner der Bewerber die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält, hat eine zweite Wahl stattzufinden. Bei dieser ist gewählt, wer die meisten Stimmen hat. Bei der zweiten Wahl können auch neue Bewerber zugelassen werden.

Abg. Dr. Philipp (D. Nat.) Die Stellung des Reichspräsidenten kann nicht niedrig genug sein. Der Reichspräsident ist die beste Sicherung gegen absolutistische Gelüste; aber er darf nicht ein ausgesprochener Parteimann sein. Es ist das höchste Amt der Weltgeschichte, wenn an der Spitze eines Volkes mit bürgerlicher Mehrheit ein ausgesprochener Sozialdemokrat steht.

Abg. Haase: Wir stellen überhaupt keine persönliche Spitze, die sich irgendwo zu einem persönlichen Regiment ausbilden könnte.

Abg. Dr. Luard (Soz.) Die Rechte hat hier wieder in sehr unglücklicher Weise den Kopf gegen den Luftzug der Volksmehrheit in leitende Stellungen zum Luftzug gebracht.

Nachdem Abg. Heine (D. Nat.) für die Beibehaltung des Reichspräsidenten eingetreten ist, wird die Besprechung geschlossen. Abstimmung morgen.

Nächste Sitzung morgen Samstag, 2 Uhr nachmittags: Weiterberatung. — Schluß 1 1/2 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

mz. Berlin, 4. Juli.

Präsident Reinert eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Zur Beratung steht der Bericht des Verfassungsausschusses über

Die Ordens- und Titelfrage.

Der Ausschuss schlägt im Hinblick auf die Übergangsschwierigkeiten die Aufhebung der das Titel- und Ordenswesen betreffenden Verordnung vor.

Abg. Neumann-Altenstein (Soz.): Da schon ohnehin in etwa zehn Tagen eine rechtliche Regelung im Sinne der Verordnung erfolgen wird, werden wir gegen die Aufhebung stimmen.

Abg. Ludwig (N. E.): Wie halten selbstverständlich an der Beibehaltung der Verordnung fest. Das Tragen der alten Orden sollte verboten werden.

Abg. Wildermann (Centr.): Ich halte es immer noch für idealer, wenn die Leute nach einem Titel als nach einem großen Kapital streben. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Schreiber-Galle (Dem.): Orden und Titel sind im neuen Deutschland entbehrlich. Es ist aber notwendig, daß Frontsoldaten, die ihre Auszeichnung noch nicht erhalten haben, z. B. viele Kriegsgefangene, diese noch bekommen. Wir sind daher für die Aufhebung.

Abg. v. Priese (D. Nat.): Da die Regierung selbst die Aufhebung aus tatsächlichen Gesichtspunkten wünscht, so haben wir keine Veranlassung, uns diesem Verlangen zu widersetzen.

Abg. Leibig (D. Vpl.): Die Inhaber der Eisernen Kreuze werden Herrn Ludwig keinen Dank wissen.

Der Ausschussantrag wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen. — In dritter Lesung angenommen wird die Vorlage über weitere Beistimmen für Kriegsnachschußausgaben der Gemeinden. — Die Novelle zum Staatsschuldenverwaltungsgesetz und die Novelle zum preussischen Kriegskostenengesetz werden ebenfalls angenommen, und zwar in dritter Lesung. — Das Gesetz über die vorläufige Regelung einiger Punkte des Gemeindeverfassungsgesetzes geht ohne Aussprache an den Gemeindevorstand.

zweite Lesung des Handels- und Gewerbeetats

fortgesetzt.

Unterschatzsekretär Reuhard: Der Minister ist zu seinem Bedauern auch heute verhindert, von Weimar Herber zu kommen. Bezüglich des Antrags über die Stellung der Hausangestellten hat eine Aussprache mit dem Reichsarbeitsministerium stattgefunden, von dem uns gesagt wurde, daß die reichsrechtliche Neuordnung des Arbeiterrechts sich auch auf das Gesinde erstrecken werde.

Abg. Brahm (D. Nat.): Die Zwangswirtschaft muß abgeschafft und der freie Handel sobald wie möglich wieder eingeführt werden. (Sehr richtig! rechts.) Statt dessen haben wir die Planwirtschaft des Reichsindustrieministeriums bekommen. Dies hat in weiten Kreisen Verunsicherung und Empörung hervorgerufen. Mit der Planwirtschaft werden wir eine nennenswerte Ausführungsleistung nicht treiben können. Infolgedessen wird das Kapital noch mehr als bisher nach dem Ausland flüchten.

Abg. Kalle (D. Vpl.): Die Not der Industrie ist groß. Der Außenhandel ist zusammengebrochen und wird sobald nicht wieder in die Höhe kommen.

Abg. Wiglow (Dem.): Auch wir haben schwere Bedenken gegen die Planwirtschaft. Industrie und Handel dürfen nicht in Fesseln gelegt werden. Wir hoffen, Arbeitskraft und Arbeitslust werden unser Volk wieder in die Höhe bringen.

Abg. Renzel (N. E.): Kapital und Arbeit sind Gegenstände wie Feuer und Wasser. Der freie Handel hat sich nicht behauptet. Das zeigen z. B. die heutigen unerhörten Preise für Obst, Gemüse und Eier. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse kosten heute das 90- und 100fache des Friedenspreises. (Zuruf rechts: Bedenken Sie die heutigen Arbeitslöhne!) Die Löhne sind nicht entfernt in diesem Maße gestiegen. (Sehr richtig! links.) Auch mit dem gestiegenen Wasser, das man unter dem Namen Bier verkauft, wird heute das Publikum schamlos betrogen.

Dienstag 1 Uhr: Fortsetzung; keine Anfragen und Anträge. — Schluß 5.45 Uhr.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Staatsberatung in der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Juli.

Die außerordentliche Stadtverordnetenversammlung, welche gestern nachmittags zur Fortsetzung der Beratung des städtischen Haushaltes für 1919/20 anberaumt war, war von 36 Stadtverordneten besucht. Der stellvertretende Vorsitzende Herr Justizrat v. Gd., der die Versammlung leitete, widmete zunächst dem am Donnerstag verstorbenen Stadtverordneten Mittelschüler Klärner, der der demokratischen Partei angehörte und sich insbesondere in den einzelnen Ausschüssen eifrig betätigte, einen warmen Nachruf. Als erster Redner zur Staatsberatung sprach

Stadtver. Schwank für die demokratische Fraktion: Nach herzlichen Dankesworten an den Oberbürgermeister und den Magistrat für die Tätigkeit während der schweren Kriegsjahre stimmte er den Ausführungen des Herrn Geheimrats Gläffing in der letzten Stadtverordnetenversammlung zu, daß Wiesbaden augenblicklich mit der Kurindustrie tiefe und tiefe, und alle mögliche getan werden müsse, um die Voraussetzungen zur Wiederaufrichtung derselben, den freien Verkehr mit dem unbesetzten Deutschland, zu erwirken. Im übrigen sieht er das Hauptziel der Verwaltung darin, bei größter Einschränkung aller Ausgaben noch weitere Einnahmen zu erzielen, welche die Bürgerlast nicht allzu brütend belastet. Neue Einnahmequellen können z. B. erschlossen werden, wenn es gelingt, an dem geschäftlichen Aufschwung, der unserer Nachbarstadt Mainz zugrundet liegt, einen Teil zu nehmen, wobei er auf die Internationalisierung des Rheinschiffverkehrs, die guten Eisenbahnverbindungen mit dem Rheinland und insbesondere auch auf die neue Brücke bei Geisenheim verwies, sowie auf die in größerer Ferne liegenden Kanalverbindungen zwischen Main und Donau. Er redete einem Interessentenverband Mainz-Wiesbaden das Wort, dem natürlich die Eingebundenheit mit den Vororten, namentlich Stierheim, vorausgehen müsse. Neben der großzügigen Entwicklung als städtebaulich musterhafte, von der Natur reichbegünstigte Wohnstadt müsse für Wiesbaden nach wie vor das Kurleben die ausschlaggebende Rolle spielen, wobei der Redner die vom Oberbürgermeister vorgetragenen Wünsche in allen Teilen gutheißt und bei dem bevorstehenden Rücktritt des Kurdirektors v. Gumbert eine vollständige Reorganisation der Kurverwaltung für erforderlich hält, indem die drei nebeneinander bestehenden Verwaltungen für Kur-, Bäder- und Verkehrswesen zentralisiert werden und der neue Leiter des gesamten Wiesbadener Kur-, Bade- und Verkehrswesens ein Magistratsmitglied sein müsse, das auf allen in Betracht kommenden Gebieten über die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen verfüge. Doch der Paktvertrag mit dem Kurhausrestaurant Rühle nach seinem Ablauf einen höheren Ertrag für die Stadt liefern müsse, werde allgemein erwartet und ebenso selbstverständlich eine Erhöhung der Kurtaxe. Der Wilhelmsplatz stimmte der Redner zu im Hinblick auf die zunehmende Bevölkerungszahl und zumal sie zum Ausgleich der Steuerminde rung für die Besten von 900 bis 1500 M. dienen soll. Der Redner beschäftigte sich dann mit der Theaterfrage. Bei der großen Bedeutung, welche das ehemalige Hoftheater als deutsches Nationaltheater nicht nur für das Kurleben unserer Stadt, sondern für ganz Deutschland habe, sollten die Würfel zugunsten der Beibehaltung als Staats theater fallen. Würde das Theater in städtische Regie überführt werden müssen, dann wäre sein Ruf und Ansehen stark beeinträchtigt, um so mehr, als bei der schlechten Finanzlage Wiesbadens größere städtische Zuschüsse als bisher schwerlich zu leisten seien. Der Redner erhoffte von den Bemühungen des Magistrats Erfolg, daß uns die Übernahme des Theaters in städtische Regie und auch die der Polizei erspart bleiben möge, und wünschte mehr Volksvorstellungen im Theater und Volkskonzerte im Kurhaus für die Wintermonate. Bezüglich der Pferde werden wir uns mit dem Magistrat nachdrücklich in seinen Bestrebungen unterstützen, von den zuständigen deutschen und französischen Behörden die Abhaltung von Rennen noch in diesem Jahr genehmigt zu erhalten. Der Redner erwähnt dann noch mit wohlwollenden Worten die Siedlungfrage und spricht bezüglich der Aufstellung des Lebensmittelausschusses den Wunsch aus, eine Übersicht über die verschiedenen Unterabteilungen zu erhalten, damit man beurteilen könne, wie sich deren einzelne Gewinn- und Verlustkonten stellen, und stellt zum Schluß zwei Anträge der demokratischen Fraktion, die er dem Magistrat als Material überweist. Der erste Antrag betrifft die Errichtung eines Berufsamts nach den Bestimmungen des preussischen Ministerialerlasses vom 18. März 1918 für die gesamte schulentlassene Jugend ohne Unterschied des Geschlechts und der Schulgattung, aber unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen und darüber hinaus Einrichtungen, in die Wege zu leiten; der zweite Antrag bezweckt die Einrichtung eines kommunalen Pflegeamts für die städtisch geführten Frauen und Mädchen. Der Redner ideoß mit dem Wunsch, daß die Denkschrift, die dem Herrn General-Konvent überreicht wird, eine Lösung unserer wirtschaftlichen Krise bringen möge.

Stadtver. Finf (Centr.) gibt ebenfalls seiner Anerkennung für den Magistrat und seiner besonderen Zustimmung zu der Rede des Herrn Oberbürgermeisters Ausdruck. Der Erhöhung der Einkommensteuer auf 270 Prozent, die das Minimum darstelle, sei ohne weiteres zugestimmt, zu der Erhöhung der Grundsteuer aber hätten seine Freunde sich nur unter dem Druck der Verhältnisse entschließen können. Der Redner erörtert dann eingehend die Vermögensabgabe und deren mutmaßliche Rückwirkungen auf die steuerlichen Verhältnisse unserer Stadt. Das Kommunalisierungsgesetz und das Sozialisierungsgesetz hält er für ein Unglück für den gesamten gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand und würde am liebsten sehen wenn die Stadtverordnetenversammlung dagegen protestierte. Der Redner appelliert an die wohlhabenden Kreise unserer Stadt, mit der Vergütung von Reparaturen und Neuaufrichtungen nicht länger zurückzubleiben, um Arbeit auf den Markt zu bringen, und so trotz der Leertung Handwerk und Gewerbe wieder zu beleben; er richtet schließlich insbesondere auch an die städtische Landwirtschaft das Ersuchen, den berechtigten Wünschen der Gewerbetreibenden mehr als bisher entgegenzukommen.

Stadtver. Rüdke (Deutsche Vpl.) schließt sich der Anerkennung für die Tätigkeit des Oberbürgermeisters und des Magistrats an. Trotz mancherlei Bedenken habe seine Fraktion wie für die übrigen Steuern, so auch für die Grundsteuer gestimmt, weil eben von allen Seiten Opfer gebracht werden müßten. Der Redner begrüßt es, daß vom Reich eilige Milliarden ausgemorfen werden, um die Lebensmittel zu verbilligen, weil man auf diese Weise vielleicht einmal an den langsamen Abbau der Löhne denken könne. Im übrigen befürchtet auch dieser Redner von der Vermögensabgabe eine überaus unangünstige Rückwirkung auf die steuerlichen Verhältnisse der Stadt, ebenso von der beschlossenen Kommunalisierung und Sozialisierung. In der Wohnungs- und Heimstättenfrage empfiehlt der Redner, in erster Linie die vorhandenen Möglichkeiten auszunutzen und warnt vor finanziellen Gesichtspunkt aus vor falschen Hoffnungen. Der Redner, der die Gesamtfrage Wiesbadens treffend als „Lebe



# Chemische Fabrik

## vorm. Goldenberg, Geromont & Co. in Winkel (Rheingau).

In der am 6. Mai 1919 stattgehabten ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der **Chemischen Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co. in Winkel (Rheingau)** wurde beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von M. 300000.— auf M. 3300000.— durch Ausgabe von St. 300 auf den Inhaber lautenden Aktien à nom. M. 1000.—, mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1919 ab, zu erhöhen. Die Erhöhung des Grundkapitals ist inzwischen durchgeführt und am 21. Juni 1919 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Rudesheim eingetragen worden.

Die neuen St. 300 Aktien sollen in Gemäßheit des zwischen der Chemischen Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co. in Winkel und uns getroffenen Abkommens den alten Aktionären in der Weise zum Bezuge angeboten werden, daß auf je nom. M. 10000.— alte Aktien eine neue Aktie à M. 1000.— entfällt, deren Gegenwert à 100%, aus dem Gewinn für 1918 bestritten wird.

Wir fordern demgemäß die Aktionäre der Chemischen Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co. in Winkel auf, die Ausübung ihres Bezugsrechtes unter den nachstehenden Bedingungen anzumelden:

- Das Bezugsrecht ist bei Vermeidung des Verlustes in der Zeit **vom 7. Juli 1919 bis einschl. 6. August d. Js.**

an den Werktagen:

in **Frankfurt a. M.** bei der **Deutschen Vereinsbank,**  
 in **Mannheim** bei der **Rheinischen Credifbank,**  
 in **Karlsruhe** bei der **Mitteldeutschen Credifbank, Filiale Karlsruhe,**  
 in **Wiesbaden** bei den Herren **Marcus Berlé & Co.**

während der bei den betreffenden Anmeldestellen üblichen Geschäftsstunden auszuüben.

- Bei der Anmeldung sind diejenigen Aktien, auf welche das Bezugsrecht ausgeübt werden soll, ohne Dividendenscheine, nebst zwei gleichlautenden, mit arithmetisch geordneten Nummernverzeichnissen versehenen Anmeldebescheinigungen, welche von den Anmeldenden zu vollziehen sind, einzureichen. Formulare hierzu können bei den vorgenannten Stellen in Empfang genommen werden.

Die alten Aktien werden sofort, nachdem die Ausübung des Bezugsrechtes auf den Aktien abgestempelt sein wird, zurückgegeben.

- Auf Grund von nom. M. 10000.— alten Aktien kann eine neue Aktie von nom. M. 1000.— ohne Entgelt und ohne Spesen bezogen werden, wogegen die neuen, mit dem deutschen Reichsstempel versehenen Aktien baldmöglichst ausgehändigt werden.

Durch 10000 nicht teilbare Beträge bleiben unberücksichtigt, jedoch sind wir bereit, den An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Tunlichkeit zu vermitteln.

**Frankfurt a. M., Mannheim, Karlsruhe, Wiesbaden, Juli 1919.**

**Deutsche Vereinsbank. Rheinische Credifbank. Mitteldeutsche Credifbank, Filiale Karlsruhe. Marcus Berlé & Co.**

## Vorschuss-Verein zu Wiesbaden.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
**Friedrichstraße 20.**

Aktiva		Geschäftsstand Ende Juni 1919		Passiva	
	₰	₰		₰	₰
1. Kasse	712 302,78		1. Geschäftsanteile (Mitgliederguthaben)	4 377 262,23	
2. Fremde Geldsorten u. Zinscheine	702 145,10		2. Gesetzliche Rücklage	1 834 410,21	
3. Guthaben bei der Reichsbank	382 312,81		3. Rücklage II	198 442,34	
4. Postscheckkonto Frankfurt a. M.	160 810,90		4. Ruhegehalts-Rücklage	342 542,60	
5. Verkehr mit anderen Banken	14 628 641,69		5. Sparkasse des Vereins	11 533 422,96	
6. Giro-Konto bei der Dresdner Bank, Frankfurt a/M. und Berlin	544 716,43		6. Darlehen auf Kündigung (Anleihen gegen Schuldscheine uns. Vereins)	5 702 624,31	
7. Inkasso-Konto	1 111 677,15		7. Gläubiger in laufender Rechnung (Konto-Korrente)	20 533 356,25	
8. Wechsel-Bestände:			8. Postscheckkonto Köln a. Rh.	93 929,65	
a) Bankwechsel	14 996 500,—		9. Hypotheken-Schulden	280 000,—	
b) Vorschusswechsel	403 178,64		10. Sicherheitswechsel für geleistete Bürgschaften	208 426,93	
c) Geschäftswechsel	29 535,90		11. Zinsen-Konto	701 090,19	
d) Einzugswchsel	37 097,76		12. Verwahrungsgeldern	20 839,—	
9. Wertpapiere der gesetzl. Rücklage:			13. Schrankmieten	2 297,50	
a) Deutsche Staatspapiere	960 590,50		14. Hausverwaltungskonto I (Geschäftsgebäude)	1 276,90	
b) Sonstige bei der Reichsbank beleihbare Papiere	135 982,—		15. Mittelrheinischer Verband	6 849,95	
10. Effekten des Bankverkehrs	1 133 328,—		16. Gewinn-Anteile	59 670,49	
11. Schuldner in laufender Rechnung (Kredite)	990 852,20				
12. Vorschüsse:					
a) Vorschüsse gegen Bürgschaft und sonstige Sicherheiten	4 468 248,34				
b) Vorschüsse gegen Wertpapiere	3 161 678,—				
13. Kredite für geleistete Bürgschaften	208 426,93				
14. Hausgeräte	1,—				
15. Hauskonto I (Geschäftsgebäude)	200 000,—				
16. Hauskonto II (Erworbene Grundstücke)	461 592,99				
17. An- u. Verkauf von Wertpapieren für Mitglieder	50 264,98				
18. Hausverwaltungskonto II (Erworbene Grundstücke)	546,86				
19. Erworbene Hypotheken	116 800,—				
20. Verwaltungskosten	239 210,55				
	45 896 441,51			45 896 441,51	

Zahl der Vereinsmitglieder Ende März 1919 = 9270

Zugang im 2. Vierteljahr 1919 = 191

Stand Ende Juni 1919 = 9461

## Vorschuss-Verein zu Wiesbaden

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

F275

Hirsch. Schleucher. Frey. Strehmann. Dr. Frankenbach. Schneider.

### Allgemeine Ortstrantentasse II Bierstadt.

#### Bekanntmachung.

Mit dem 1. Juli 1919 treten folgende wesentliche Änderungen in den Satzungsbestimmungen ein.

#### A. Lohnstufen:

Stufe	tägl. Arbeitsverdienst unter 1.— Ml.	Grundlohn 0,90 Ml.	Wöchentl. Beitrag 0,33 Ml.
II.	1.— — 1,80	1,40	0,51
III.	1,81 — 2,60	2,10	0,75
IV.	2,61 — 3,40	3.—	1,08
V.	3,41 — 4,40	4.—	1,44
VI.	4,41 — 5,40	5.—	1,80
VII.	5,41 — 6,40	6.—	2,16
VIII.	6,41 — 7,40	7.—	2,52
IX.	7,41 — 8,40	8.—	2,88
X.	8,41 — 9,40	9.—	3,24
XI.	9,41 — und mehr	10.—	3,60

**B. Krankengeld:** Für die Versicherten, welche Anspruch auf Mehrleistungen (§ 32<sup>a</sup>) haben, 60% des Grundlohnes für jeden Tag (einschließlich der Sonn- und Feiertage) vom zweiten Tage der durch Krankheit verursachten Erwerbsunfähigkeit ab.

Für die Versicherten, bei welchen die Voraussetzungen für die Mehrleistungen fehlen, 50% des Grundlohnes für jeden Arbeitstag vom vierten Tage der durch Krankheit verursachten Erwerbsunfähigkeit ab.

**C. Die Familienhilfe** wird erweitert: a) durch Veranlagung der hierfür Berechtigten; b) durch Gewährung von Zuschüssen zu den Verpflegungskosten im Krankenhause.

**D. Beiträge:** Der Beitrag ist auf 6% des Grundlohnes festgesetzt (s. unter A).

Abdruck des Satzungsantrages sind bei der Geschäftsstelle in Bierstadt zu haben. — Die Arbeitgeber werden aufgefordert, die durch die Erweiterung der Lohnstufen notwendigen Ummeldungen sofort vorzunehmen.

Diejenigen Versicherten, welche Anspruch auf die Familienhilfe erheben, haben ihren Anspruch hierauf bei der Geschäftsstelle geltend zu machen. Hierbei müssen genaue Angaben über die Personallisten und die Erwerbsverhältnisse der Familienangehörigen gemacht werden.

Bierstadt, im Juli 1919.

Der Vorstand.

## Geschäfts-Übernahme und -Empfehlung.

Unserer geehrten Kundschaft die ergebene Mitteilung, daß wir die

### Färberei u. Chem. Reinigungs-Anstalt

mit dem heutigen Tage unserem früheren langjährigen Fachmann und Leiter der Chem. Abteilung, Herrn Färbermeister **Leonhard Grosch**, übergeben haben. Für das uns seither in so reichem Maße geschenkte Vertrauen bestens dankend, bitten wir auch dieses unserem Nachfolger zuzuwenden zu wollen.

Hochachtungsvoll

### Färberei C. Scherzinger.

Auf obiges Bezug nehmend, beehre ich mich meiner werten Kundschaft und Bekanntenkreis mitzuteilen, daß ich mit dem heutigen Tage obiges Geschäft übernommen, und mein seitheriges Geschäft **Göbenstraße 15** nach

### 4 Emser Straße 4

verlegt habe. Ich bitte, das mir geschenkte Vertrauen auch dorthin folgen zu lassen. — Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, den guten Ruf der alten Firma zu wahren und zu fördern und bitte um gütige Unterstützung.

Hochachtungsvoll

### Leonhard Grosch, Emser Straße 4.

#### Bergvergrößerungen

#### Aufnahmen

#### Familienbilder

#### Bereinsgruppen

fertigt an

#### Karl Engel

Photograph

Bücherstr. 8, St. St.

#### la Rohr-Liegestühle

eigenes Fabrikat, aus  
 Kompa-Rohr, bequeme  
 Lage, da Liegefläche aus  
 Rohrstoff. 859

Karl Bender,  
 Rohwaren-Geschäft,  
 Dellmündstraße 43.

Am Sonntag, den 6. Juli, sind von 1 Uhr mittags ab nur folgende Wiesbadener Apotheken geöffnet: Adler-Apothek, Kirchgasse 40, Löwen-Apothek, Langgasse 31, Kaiser-Friedrich-Apothek, Schiersteiner Straße 15, und Theren-Apothek, Emser Straße 24. Diese Apotheken versehen auch den Apotheken-Nachdienst vom 6. Juli bis einschließlich 12. Juli, von abends 7 bis morgens 8 Uhr.

### Tannenbretter, Latten, Stangen, Buchenschnittmaterial und Parkettböden

liefert **W. Gail Wwe.**, Büro Wiesbaden.  
 Telefon Nr. 84. 720

### Annoncen-Expedition

Inserten-Aufnahme in allen Zeitungen.  
**H. Gies**, Annoncen-Exp., Rheinstr. 27 (n. Hauptpost).



# Volksunterhaltungsabende

Leitung: Gustav Jacoby.

Freitag, 11. Juli 1919, abends 8 1/4 Uhr, im Festsaal der Turngesellschaft, Schwalb. Str. 8:

# Goethe-Abend

(Goethe in Wort und Lied)

Intendant Ernst **Legal** Lilli **Haas** Leo **Schützendorf** Arthur **Rother**

Eintrittskarten zu volkstümlichen Preisen von Mk. 2.30 (numerierte Plätze), Mk. 1.10 u. Mk. 0.55 im Vorverkauf an der Kasse der Turn-Gesellschaft, Schwalbacher Str. 8, am Sonntag von 9-1/2 Uhr, u. Samstag bei Blumenthal & Co., Born & Schottenfels, Reisebureau Engel, Franz Schellenberg, Kirchgasse und A. Stöppler, Rheinstraße. 879

## Wagner-Vergnügungs-Park

(Alte Adolfshöhe).

### Sonntag:

Großes

## Konzert u. Tanz!

Kinder-Belustigungen aller Art!

## Waldhäuschen.

Morgen Sonntag nachmittag:

## Hum. Unterhaltung und Tanz.

## Café Waldeck

Herrliche Lage.

Angenehmer Aufenthalt im kühlen schatt. Garten. In Kaffee u. Torten, Bowlen und Weine. Morgen Sonntag, 6. Juli, im großen Saale mit Terrasse Privat-Gesellschaft **A. H. O.**

## Tanzschüler des Herrn S. Grimm.

Am Sonntag:

## Ausflug nach Schierstein zum Tivoli.

**Preistegeln** morgen Sonntag von 10-8 Uhr abends zur Teutonia, Weichstr. 30.

## „Eiserne Hand“

Bahnhofswirtschaft.

Restauration zu jeder Tageszeit.

Gute Fahrgelegenheit:

Abl.: Wiesbaden 120 320 443 nachm. Rückl.: Eiserne Hand 717 750 948.

## Pelzsachen

Neuanfertigung und Umarbeiten sämtlicher

in bekannt sorgfältigster Ausführung.

Jenny Matter, Bleichstraße 11. Telephon 3927.

## Gartenstadt Wiesbaden.

Siedlungs- und Baugenossenschaft.

Heute Samstag,

abends 7 Uhr, Lyzeum, Hofplatz:

**Berammlung** der angemeldeten Mitglieder und der in der Heimstättenliste eingetragenen.

**Satzungsannahme. Wahlen. Mieterwahl.**

Vortrag des Herrn Baurat S. Heyer, Worms:

„Wann kommen wir zum Bauen?“

Neuanmeldungen in der Berammlung möglich. F339

Teleph. **Rotes Haus** Teleph. 8506 Kirchgasse 76. 8505

Empfehle ein frisch eingetroffenes hochprozentiges **Starkbier** (Friedensbier), sowie meinen **selbstgekelberten prima Ausschankwein** 2/10 Glas Mk. 1.70! — **H. Flaschenweine.** Hans Urnes.



Farben, Laque, Firnisse, Malpinsel, Malkasten, kaufen Sie stets am vorteilhaftesten bei: **August Röhrig & Cie.** Marktstr. 6.

## Gartenmöbel

in Rohr und Holz  
in großer Auswahl

## Blumenthal.

F 92

## Korsetten.

Aus zugegebenen Stoffen fertige alle Arten Korsetten mit prima Zutaten (Friedensware) im eigenen Atelier.

**Carl Goldstein,**

Webergasse 18. 641

## Hotel „Grüner Wald“

am Schlossplatz

## Manufakturwaren

Engros.

Grosses Lager in sämtlichen

Manufaktur- u. Kurzwaren, Wolle, Baumwolle, Seide, Matratzendrelle, Frottierhandtücher, Servietten, Strümpfe etc.

Lagerbesuch stets lohnend.

Für Hotels, Pensionen und Konditoreien!

**Prima Mischhonig** als bester Zuckerersatz für alles zu verwenden, Pfd. **3.50** im Zentner Preisermäßig.

**Ind. Rohrzucker** Pfund **6.85** Mk.

**Büchsenmilch** große Dose **3.50**

**Reiner Himbeersaft** gezuckert, in jed. Quant.

**Sultaninen, Mandeln, Rosinen, Haselnüsse** PrimaSchweineschmalz Versand ins besetzte Geb.

**Fr. Henrich** Tel. 1914 Blücherstr. 24

**Bienenhonig** garantiert rein, zu verkaufen. Näheres durch **S. Steffens**, Adlerstr. 55, 2.

**Kaffee-Rösterei Weber** empfiehlt sich im Röstfen von Kaffee, Korn, Gerste usw. in jeder Menge.

**Rösterei Waltramstr. 12** Wohn. Lufsenstr. 5, Stb. 2.

## Tabak

Grob- u. Feinschnitt, eingetroffen. 851

**G. M. Rösch** 46 Webergasse 46.

## Doppelhaarneße

echt. Haar (große) St. 2.15

Friseur Ritzsch, Ritzschstr. 8.

## Spezial-Motorenöl

für Automobile und Motorräder, in Destillate und Raffinate.

**PH. HCH. MARX,** Tel. 806, Mauritiusstr. 1

## Belze aller Art

werden neu angefertigt, umgearbeitet, repar. u. modernisiert. Frau **Albert-Schott**, Belzarbeiterin, Walramstr. 23, 1, früher Weichstr. 15.

## Eine Wanze

suchen Sie vergebens in Ihren Möbeln noch dem Gebrauch meiner Wanzen-Finatur. Empfehle solche. Erhb. Rheinstraße 101.

## Für Wiederverkäufer!

- 1500 Kilo echte la Bourbon-Vanille per Kilo Mk. 150.—
- 5000 „ la Oliven-Öel „ „ „ 16.50
- 500 „ Ceylon-Tee, hochfein „ „ „ 37.50
- 300 „ Reiner Kakao „ „ „ 29.—
- 500 „ Fein geräuch. Schinken „ „ „ 26.—
- 400 „ „ Schulter „ „ „ 24.—
- 100 Kisten echte Sardinen in Öl, 30 mm (100 Dosen) „ 315.—
- 50 Kisten echte Sardinen in Öl, 22 mm (100 Dosen) „ 305.—
- 50 Kisten Canadian-Lachs, 1-Pfd.-Dosen, „ 690.—
- 500 Kisten à 500 Stück Amerik. Savonettes-Seife, 20 gr, per Dtzd. „ 5.50
- 50 Kisten 72% Kernseife per Kilo „ 8.75

sofort greifbar bei

## Robert Notton,

Taunusstraße 40. Wiesbaden. Taunusstraße 40.

## Eine Million Zigaretten

Importware ohne Preisaufdruck. Solange Vorrat an jedermann, auch in größeren Mengen. ..

## August Engel

Taunusstraße 14 und sämtliche Filialen.

Beginn des Verkaufes: **Dienstag, 8. Juli.**

## Geschäfts-Empfehlung.

Hiermit zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mein

## Maler-, Lüncher- und Anstreichergeschäft

weiter eröffnet habe und wird es auch ferner mein Bestreben sein, nur solide Arbeit mit bestem Material auszuführen.

**Victor Erbe,**

vorm. Ad. Sch. Hartmann, Dranienstraße 38.

## la Rohrmöbelklopper, Wurzelbürsten

Wash, Reise- und Henkelkörbe, gr. Löffeldeckel, graue Körbe empfiehlt 772

**Karl Bender,** Rohwaren, Hellmundstr. 46. Telephon 4776.

## Amerik. Schokol. Beste Marke Franz. Schokol.

# Kakao

Nur für Wiederverkäufer.

**Dittmann & Co., Wiesbaden**

Telephon 6120. Nikolasstrasse 7.

## Unreine Haut.

Mahokrem gebraucht man mit bestem Erfolg gegen unreine Haut und Sommersprossen. Mahokrem fettet nicht und macht die Haut sammetweich. 609

Alleinverkauf: **Schützenhof-Apotheke, Langgasse 11.**

## Ulrich, Müller & Volz, Wiesbaden

Rohlengroßhandlung (alleingesessene Firma)

Büro: Mainzer Straße 38a. Telephon 294. Lager u. Gleisanschluß am Westbahnhof.

Wir haben neben unserem seitherigen Großverhand auch die Lieferung aller Arten Brennstoffe in kleineren Mengen aufgenommen.

## Spezialität: la Brechtlots für Zentralheizungen.

Ständig Lager in Fetthohlen, la Anthrazit, Union-Briketts, Buchen-Scheitholz, osenfertig geschnitten, nur gesunde Ware.

Wir bitten die verehrl. Verbraucher in allen Heizmaterialien, sich für die neue Heizperiode auf unsere Firma einzutragen zu lassen.

Durch Großbezug in Waggons und Schiffsladungen und entsprechende Lagerhaltung bieten wir Gewähr für größtmögliche Liefericherheit bei guter und preiswerter Bedienung.

Wir liefern jedes Quantum frei Haus. Hochachtungsvoll!

**Ulrich, Müller & Volz**  
Rohlengroßhandlung.